

# INTERNATIONALE RUNDSCHAU

## Die west- und osteuropäischen Organisationen

### I. West-Europa

Die Behandlung internationaler Fragen durch überstaatliche Organisationen in Europa gewinnt ständig an Bedeutung. Es gibt in West-Europa heutzutage so viele internationale Institutionen, die sich mit Politik, Wirtschaft, Kultur wie auch mit der militärischen Zusammenarbeit befassen, daß es interessant erscheint, zu untersuchen, in welchem Rahmen sich diese Organisationen mit den einzelnen Themen beschäftigen und welche Auswirkungen von ihrer Tätigkeit zu erwarten sind.

#### a) Politik und Wirtschaft

Die Versuche in den ersten Nachkriegsjahren waren auf eine politische Einigung Europas gerichtet. Als einzige sichtbare überstaatliche Organisation tritt uns der *Europarat* in Straßburg entgegen, dessen parlamentarische Versammlung jedoch nur beratende Funktionen ausübt. Europa der Sechs oder Europa der Fünfzehn? Immer mehr drang die Erkenntnis durch, daß der Ansatz in den Grenzen der sechs Staaten zu finden wäre, und so wurde versucht, nicht vom *Europarat*, sondern vom *Montanparlament* her eine europäische Verfassung zu schaffen. Eine eigene Kommission unter dem derzeitigen Außenminister *Brentano* beschäftigte sich durch zwei Jahre damit. Aber durch die Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) wurde eine politische Integration derart belastet, daß erst in den letzten Monaten dieser Plan einer europäischen Verfassung wiederaufgenommen wurde.

Die Notlage der ersten Nachkriegsjahre erforderte aber auch eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Zahlreiche Zollunionpläne reiften nicht aus oder wurden in ihrer Wirkung eingeschränkt (*Benelux*). Die wichtigste Organisation wurde immer mehr die *Europäische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit* (OEEC). Ursprünglich als Instrument zur Verteilung der Marshallplangelder gedacht, konnte sie darüber hinaus bis in die jüngste Gegenwart eine außergewöhnlich wichtige Funktion ausüben, nämlich die Wirtschaft der europäischen Staaten zu harmonisieren, den freien Verkehr von Personen, Waren und Kapitalien zu sichern. Durch die *Europäische Produktivitätszentrale* (EPA) soll die Produktivität der europäischen Industrie stimuliert werden. Die *Europäische Zahlungsunion* (EZU) gewährleistete einen multilateralen Zahlungsverkehr. Mit der offiziellen Notifizierung

des Konvertibilitätsbeschlusses für die meisten westeuropäischen Währungen an die OEEC, die am 29. Dezember 1958 erfolgte, ist allerdings die Geltungsdauer der EZU automatisch beendet worden. An ihre Stelle ist mit dem gleichen Datum das *Europäische Währungsabkommen* (EWA) getreten, das am 5. August 1955 vorsorglich für diesen Fall abgeschlossen worden war. Die Verrechnungstechnik des EWA bleibt grundsätzlich die gleiche wie bisher, d. h. die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) nimmt jeweils zum Monatsende eine buchmäßige Verrechnung für die ihr aufgegebenen Zahlungsvorgänge vor. Auf diesen Tatbestand beschränkt sich aber die Analogie. Während der von der BIZ festgestellte Saldo des einzelnen Landes unter dem Regime der EZU nur zu 75 vH in Gold oder Dollar zu regulieren war und für die restlichen 25 vH je nach dem Vorzeichen des Saldos Kredit gewährt oder in Anspruch genommen wurde, sind unter dem EWA alle Salden zu 100 vH in Gold bzw. Dollar abzudecken.

Die OEEC ist schließlich jene Plattform, auf der durch ausgedehnte Arbeiten die europäische Wirtschaftsunion und die gemeinsame friedliche Verwendung der Atomenergie (EURATOM) sowie die Freihandelszone vorbereitet wurde, obwohl die entscheidenden Impulse von der Außenministerkonferenz der Schumanplanländer in Messina ausgingen. Die ständigen Konferenzen der Verkehrsminister sowie der Landwirtschaftsminister im Rahmen der OEEC haben in den Sektoren Verkehr, Energie und Landwirtschaft eine Arbeit geleistet, die dem Publikum oft verborgen blieb, jedoch eine Reihe technischer Schwierigkeiten beseitigte. Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft oder kurz genannt die *Gemeinsame Europäische Markt* (EWG) sieht nach einer längeren Übergangsperiode die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftskörpers der Montanunionländer vor. Mögen auch die römischen Protokolle die nationale Souveränität respektieren, so darf doch angenommen werden, daß die Staaten gezwungen sind, eine gemeinsame Steuer- und Sozialpolitik und damit eine einheitliche Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Die verwirklichte europäische Wirtschaftsunion lehnte sich in vielem an die Institutionen der Hohen Behörde für Kohle und Stahl an. Als Robert Schuman am 9. Mai 1950 den Plan entwickelte, die Grundstoffindustrie der sechs Länder durch eine supranationale Behörde zu verwalten, wurde damit wohl der entscheidende Anstoß zu einer ersten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit betont politischen Aspekten gegeben. Durch die Schaffung des Gemeinsamen Marktes dürfte jedoch die Hohe Behörde an Bedeutung verlieren und wird schließlich aufgesogen werden. Es ist daran gedacht, die Organe des Gemeinsamen Europäischen Marktes, der OEEC, der Montanbehörde und des Europarates in der einen oder anderen Form zu verschmelzen.

b) *Militärische Zusammenarbeit*

Unter dem Druck der Ereignisse sah sich Europa gezwungen, auch militärische Maßnahmen der Zusammenarbeit zu treffen. Schon 1948 wurde durch den Brüsseler Pakt (England, Frankreich, Beneluxstaaten) ein Verteidigungsbündnis geschlossen; die im Vertragswerk vorgesehenen kulturellen und politischen Aufgaben wurden jedoch nie erfüllt. Die originellste Art einer europäischen und militärischen Integration war die Bildung einer europäischen Armee, die *Europäische Verteidigungsgemeinschaft* (EVG). Die Armeen Frankreichs, der Beneluxstaaten, Italiens und der Bundesrepublik Deutschland sollten demnach verschmolzen werden. Keine Anregung hat solche Leidenschaften in Für und Wider entwickelt wie gerade die EVG. Sonderbarste politische Bündnisse wurden geschlossen, die europäische Politik war durch Jahre schwer belastet und die europäische Einigung auf das schwerste bedroht. Das französische Parlament hat unter stillschweigender Duldung der damaligen Regierung *Mendes-France* die bereits unterzeichneten Verträge zu Fall gebracht. Als Ersatz entstand die *Westeuropäische Union* (WEU), ein Militärbündnis zwischen England, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien und den Beneluxstaaten. Die Nationalarmeen blieben bestehen, und im Schatten des Atlantikpakt (NATO) spielt die WEU eine eher untergeordnete Rolle. Die vorgesehenen wirtschaftlichen und politischen Klauseln der WEU sind nie zum Funktionieren gebracht worden. Wir beschäftigen uns aber in diesem Rahmen nicht mit dem Nordatlantikpakt, da er keine eigentliche Funktion im Hinblick auf eine europäische Integration zu erfüllen hat.

c) *Kulturelle Zusammenarbeit*

Neben den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Versuchen, Europa zu einigen, nehmen sich die kulturellen Bestrebungen mehr als bescheiden aus. Europaseminare, Kulturkonferenzen usw. konnten bisher nicht der Wichtigkeit der gestellten Probleme entsprechen. Infolge finanziell schwacher Dotierung vegetieren sie am Rande der angeführten Organisationen. Im Jahre 1957 fand jedoch ein neuer Vorstoß statt. Unter dem Vorsitz des Prinzen Bernhard der Niederlande erfolgte die definitive Gründung der *Europäischen Kulturstiftung*. Als Beispiel dafür dienen die großen amerikanischen Stiftungen, wie Ford-Stiftung usw. Die Kulturstiftung setzte sich zum Ziel, die lebendigen Kräfte der europäischen Kultur zu bewahren und auch materiell die Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Einheit des europäischen Kulturraumes zu kräftigen.

Die Beobachter der internationalen Politik sind sich im klaren, daß Europa neuerlich in ein kritisches Stadium eingetreten ist. Die Abschwächung der wirtschaftlichen Konjunktur, das Erscheinen der künstlichen Monde und die verstärkte Aktivität des Weltstaatskapitalismus

(Kommunismus), die Spannungen in der NATO, die Erschütterungen, die Frankreich durch den überflüssigen algerischen Krieg erleidet, sind ernste Mahnungen, daß jeder politische Schritt, der von der europäischen Integration abweicht, die europäischen Völker in ihrer Existenz bedroht. Manche der aufgezeichneten Institutionen und Bewegungen müssen mit einem neuen dynamischen Geist erfüllt werden, um sachlich abwägend die schicksalhafte Gemeinschaft der europäischen Politik zu unterstreichen. Soweit sie im Enthusiasmus der Europajahre entstanden sind, werden sie zu beweisen haben, daß sie echten Bedürfnissen entsprechen, fähig, eine politische Idee zu entwickeln, und nicht dem Ehrgeiz oder Spesenhunger einzelner dienen. Den politischen Internationalen steht eine besonders umfangreiche und schwerwiegende Aufgabe bevor. Sie repräsentieren die großen politischen Richtungen einer pluralistischen Demokratie. Von ihrer Tätigkeit hängt das Fortleben der Freiheit in Europa ab. Versagen sie und die durch sie vertretenen politischen Parteien, so gibt es als einzige Alternative nur die totalitäre Staatsform. Mögen sich die politisch Handelnden und Denkenden dieser Verantwortung bewußt werden.

II. *Ost-Europa*

Auf die Gründung der OEEC und der NATO antwortete man in Osteuropa mit der Konstituierung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und mit dem militärischen Warschauer Pakt. Dort geht allerdings die Integration schneller vorwärts, da sie nicht diskutiert, sondern im wesentlichen von Moskau angeordnet wird.

Die Tätigkeit des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe für die Ostländer findet immer größeres Interesse. Wußten zur Zeit seiner Gründung nur wenige sich unter dem „Rat“ etwas vorzustellen, so hat sich besonders in jüngster Zeit seine organisierende und koordinierende Tätigkeit immer mehr bemerkbar gemacht. Außerordentliche Beachtung fanden die Beschlüsse der X. Prager Ratstagung im Dezember 1958 über die Ausarbeitung langfristiger Perspektivpläne für die Zeit bis zum Jahre 1975 und deren Koordinierung durch den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Oberall besteht der Wunsch, mehr als bisher über die Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der kommunistischen Staaten zu erfahren. In der letzten Zeit mehren sich auch Stimmen, die davor warnen, die auf dem Gebiet der Wirtschaftsorganisation bemerkbaren neuen Versuche und Methoden zu unterschätzen oder gar zu übersehen.

Mit Hilfe des „Rates“ stellten die kommunistischen Länder in kürzester Frist umfangreiche Waren- und Handels- sowie Kreditbeziehungen untereinander her, so daß die notwendigen Voraussetzungen für den planmäßigen

Wirtschaftsaufbau kommunistischer Länder aus dem Ostblock heraus geschaffen werden konnten. Es ist kein Geheimnis, daß die Sowjetunion zum bedeutendsten Exportland des kommunistischen Lagers sowohl für die wichtigsten Rohstoffe und Lebensmittel als auch für die Industrieausrüstungen wurde. Eine weitere Aufgabe der Tätigkeit des „Rates“ ist die Entfaltung der technisch - wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerländern (Albanien, Bulgarien, der DDR, Ungarn, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und der UdSSR).

Mit der 1954 durchgeführten IV. Ratstagung, die sich u. a. mit Fragen der Reorganisation und der weiteren Tätigkeit des „Rates“ beschäftigte, wurde ein neuer Abschnitt der Ratsarbeit eingeleitet. Die sich bereits in den ersten Jahren seiner Tätigkeit abzeichnende Notwendigkeit der langfristigen Koordinierung wirtschaftlicher Aufgaben versuchte der „Rat“ in den Jahren der Vorbereitung und Ausarbeitung von Fünfjahrplänen für die Zeit von 1956 bis 1960 erstmals zu verwirklichen. Die Abstimmung der Produktionsaufgaben für eine Fünfjahrplanperiode stand nunmehr im Mittelpunkt der Tätigkeit des „Rates“. So wurden auf der V. Ratstagung in Moskau Maßnahmen zur Abstimmung der Investitionspläne und auf der VI. Ratstagung 1955 in Budapest Maßnahmen zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Teilnehmerländer in den Jahren 1956 bis 1960 beraten. In die gleiche Zeit fällt auch der Beginn der Abstimmung der Produktion für einzelne Zweige der Volkswirtschaft, so für die Spezialisierung der Produktion von Kraftwagen, Traktoren, rollendem Eisenbahnmaterial und einigen Arten von landwirtschaftlichen Maschinen (1955); von Maschinen, Feinmechanik und Optik (1956); so für die Entwicklung der Kohlenindustrie und der Landwirtschaft (1956). Die mit der IV. Ratstagung eingeleitete Reorganisation wurde mit der Schaffung der Ständigen Fachkommissionen für wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit, so u. a. auf dem Gebiet des Maschinenbaues, der Kohlenindustrie, der Schwarzmetallurgie, der Chemie, der Landwirtschaft usw., fortgeführt. Alle Organe des Rates haben sich für das Jahr 1959 die Hauptaufgabe gestellt, den Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung ihrer langfristigen Perspektivpläne Hilfe zu leisten und diese Pläne in einer späteren Etappe der Arbeit zu koordinieren, dies allerdings so, wie es Moskau für richtig halten wird.

Zusammenfassend lassen sich für die Tätigkeit des Rates gegenwärtig folgende Hauptaufgaben nennen: Koordinierung der Volkswirtschaftspläne für 15 Jahre im Interesse der weiteren Industrialisierung, der Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion und der Massenbedarfsgüter, Förderung des gegenseitigen Warenumsatzes zwischen den Teilnehmerländern, Zusammenarbeit der Außenhandelsministerien der Teilnehmerländer, Durchführung von Maßnahmen zur Entwick-

lung des Transportwesens und des Transitverkehrs, Ausarbeitung von Fragen, die sich auf die Währung und die finanziellen Verrechnungen zwischen den Teilnehmerländern beziehen, einschließlich der Fragen des gegenseitigen Clearings, Verwirklichung von Maßnahmen zur Entwicklung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, besonders auf dem Gebiet der Standardisierung der Produktion, des Austausches von technischen Erfahrungen und des gemeinsamen Baues von industriellen Anlagen.

Das russische Übergewicht ist auf jede Weise gesichert, auch dadurch, daß der „Rat“ seinen Sitz in Moskau hat und der Generalsekretär immer ein Russe ist, gegenwärtig *Fadejew*. Ratstagungen finden ein- bis zweimal im Jahr statt. Tagungsorte sind abwechselnd die Hauptstädte der Mitgliedstaaten. Zu den Tagungen des Rates und seiner Organe entsenden einzelne andere kommunistische Staaten, die nicht Mitglied des Rates sind, nach Zustimmung aller Mitgliedstaaten ihre Beobachter. Die Volksrepublik China und die Mongolische Volksrepublik sind ständige Beobachter der Ratstagungen und arbeiten auch oft in den übrigen Ratsorganen mit.

Die „Stellvertreter-Tagung“ ist das ständig wirkende Organ des Rates, das dazu berufen ist, zur Verwirklichung, Erweiterung und Festigung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerländern entsprechend den der Tätigkeit des Rates zugrunde gelegten Prinzipien der mehrseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit beizutragen. Die Stellvertreter-Tagung setzt sich aus je einem Stellvertreter des Vertreters eines jeden Teilnehmerlandes zusammen und führt ihre Sitzungen nach Notwendigkeit, jedoch mindestens zweimal im Monat, durch. Ständiger Sitz der Stellvertreter-Tagung ist wieder Moskau. Aufgabe des Sekretariates ist es, eine systematisch vorbereitende und organisatorische Arbeit durchzuführen. Die ständigen Fachkommissionen bearbeiten spezielle Gebiete der Volkswirtschaft. Solche Fachkommissionen bestehen u. a. für die Schwarzmetallurgie, die Buntmetallurgie, die Kohlenindustrie, die Erdöl- und Gasindustrie, die chemische Industrie, den Maschinenbau, die Geologie, die Landwirtschaft, die Holz- und Zelluloseindustrie und die Energie. Es gibt Fachkommissionen für Außenhandel und für die Koordinierung der Projektierung und Lieferung von kompletten Industrieanlagen. Diese Fachkommissionen setzen sich aus ständigen Delegationen der einzelnen Teilnehmerländer zusammen, deren Leiter meist der zuständige Minister des Fachbereiches ist. In den Sektionen und Arbeitsgruppen arbeiten Wissenschaftler und Spezialisten der Ratsländer. Neben den zuständigen Fachkommissionen gibt es noch selbständige Arbeitsgruppen, so z. B. die Arbeitsgruppe zur Koordinierung in Verkehrsfragen oder die Ar-

beitsgruppe für ökonomische Fragen, die spezielle ständige oder zeitweilige Aufgaben zu erfüllen haben. Solche Arbeitsgruppen können auf Beschluß der Ratstagung oder der Stellvertreter-Tagung gebildet werden.

Die letzte Konferenz der kommunistischen Parteien der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, die im Dezember 1958 in Prag stattfand, hatte den Zweck, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Ländern zu intensivieren. Die Tagung stellte fest, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerländern des „Rates“ bisher „nicht ein wichtiger Faktor bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder und der Stärkung der Positionen des Kommunismus“ in diesen Ländern war. Die internationale kommunistische Arbeitsteilung hat zwar Fortschritte gemacht, ist aber noch nicht überall so, wie es Moskau haben möchte, durchgeführt worden. So blieben die Grundstoffindustrien und die Energieerzeugung in ihrer Entwicklung hinter dem stürmisch wachsenden Bedarf der verarbeitenden Industrie, besonders des Maschinenbaues, zurück. Landwirtschaftliche Maschinen werden in den damit betrauten Ländern in zu kleinen Mengen produziert, so daß der Bedarf der anderen Länder nicht befriedigt werden kann. Die Prager Ratstagung traf Maßnahmen, um die Arbeitsteilung wirkungsvoller als bisher durchzuführen. Sie stellte allen Organen des Rates die Aufgabe, die Aufmerksamkeit auf die *Spezialisierung und Kooperation*, auf die Entwicklung der Produktion von Rohstoffen und Materialien zu konzentrieren, um eine maximale Deckung des Bedarfs der Länder zu sichern, vor allem bei Eisen und Buntmetallen, chemischen Erzeugnissen, Brennstoffen und Energie sowie landwirtschaftlichen Rohstoffen.

Diese zentrale Aufgabe wurde konkretisiert in den Aufgaben, welche den einzelnen ständigen Kommissionen für wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit gestellt wurden. So erhielt die Ständige Kommission für Eisenmetallurgie die Aufgabe, auf der Grundlage der Vorschläge der Länder Empfehlungen für die Steigerung der Produktion, für die Erhöhung der Rohstoffherzeugung für die Eisenmetallurgie (Eisenerze, Koks, feuerfeste Materialien) und für eine „sinnvolle Arbeitsteilung“ vorzubereiten. Im Juli 1958 fand die Tagung der Ständigen Kommission statt. In dieser Sitzung wurde vereinbart, daß die Sowjetzone sich bei der Walzstahlproduktion vor allem auf die zweite Verarbeitungsstufe (kaltgewalzte Bleche, Ziehenerzeugnisse usw.) konzentriert und die bedeutende Produktionssteigerung durch erhöhte Importe an Roh-eisen, Schrott und Stahl gesichert wird. Die Kommission arbeitet Vorschläge für die Spezialisierung und Kooperation der Walzstraßen aus, welche das Ziel haben, durch Erhöhung der Serienfertigung und entsprechend erhöh-

ten Sortimentsaustausch zwischen den Ländern die vorhandenen Kapazitäten rationeller auszunützen und dem Mangel an Walzstahlprodukten kurzfristig abzuwehren.

Große Aufgaben wurden der „Ständigen Kommission für die chemische Industrie“ gestellt, gilt es doch, in den nächsten Jahren die chemische Industrie, vor allem die Kunststoffherzeugung, vorrangig zu entwickeln, um den Rückstand gegenüber dem Westen aufzuholen. Die Kommission beriet eine Spezialisierung der Produktion, um die bedeutendsten Mittel, welche in der chemischen Industrie investiert werden sollen, rationell einzusetzen und die neuen Betriebe technisch aufs modernste einzurichten. Angesichts der großen und ständig zunehmenden Bedeutung der chemischen Industrie für die Volkswirtschaft scheint es erforderlich, eine Reihe von chemischen Grundprodukten in jedem osteuropäischen Land zu erzeugen. Dazu gehören: Schwefelsäure, Chlor, Stickstoffdüngemittel, Phosphordüngemittel, die wichtigsten Kunststoffe, synthetischer Kautschuk u. a. Jedoch wird die Erzeugung bzw. Gewinnung einiger Grundstoffe entsprechend den natürlichen Voraussetzungen in bestimmten Ländern spezialisiert werden, so Kalidüngemittel in der DDR und der Sowjetunion, Apatiterze und Konzentrate in der UdSSR, Schwefel in der Sowjetunion und Polen. Besondere Aufmerksamkeit soll der Spezialisierung bei der Herstellung von Fertigprodukten gewidmet werden. Chruschtschow sagte hierzu vor kurzem: „Die chemischen Betriebe, die am meisten Strom verbrauchen, sollten dort errichtet werden, wo der Strom billiger ist; und Betriebe zur Herstellung von Fertigerzeugnissen sollten dort entwickelt werden, wo qualifizierte Arbeitskräfte, Ingenieure und Chemiker vorhanden sind.“ Er meinte damit klar die DDR.

Der Ständigen Kommission für Maschinenbau wurde die Aufgabe gestellt, die Arbeiten zur Spezialisierung auf die Produktion der wichtigsten Maschinenarten, Aggregate und Baugruppen zu konzentrieren. Dabei ist insbesondere die Produktion der wichtigsten Arten von Ausrüstungen für die Entwicklung der Rohstoffzweige rasch zu steigern. Das betrifft Ausrüstungen für chemische Industrie, die Metallurgie, die Brennstoffindustrie, die Energie- und Landwirtschaft. Deshalb erhielten die Ständigen Kommissionen für Eisenmetallurgie, Buntmetallurgie und die chemische Industrie den Auftrag, gemeinsam mit der Ständigen Kommission für Maschinenbau die Nomenklatur der wichtigsten Ausrüstungen und ein Programm für die Spezialisierung der Projektierung, Konstruktion und Produktion auszuarbeiten. Die Ständige Kommission für Buntmetallurgie wurde beauftragt, auf der Grundlage der Vorschläge der Länder Empfehlungen für die Erweiterung der Ressourcen und die Erhöhung der Produktion von Kupfer,

Aluminium, Blei, Nickel und Zink auszuarbeiten. Die Ständige Kommission für die Kohlenindustrie wird ihre Arbeit auf die Erhöhung der Ressourcen von Koks- und Kohle konzentrieren.

Die letzte Ratstagung empfahl den Ländern Osteuropas zweiseitige Verhandlungen über die wichtigsten Warenlieferungen 1961—1965 und über die wirtschaftlichen Beziehungen überhaupt, einschließlich der Spezialisierung und Kooperation in der Produktion. Nach Abschluß der zweiseitigen Verhandlungen werden die Ständigen Kommissionen des „Rates“ an Hand der Ergebnisse dieser Verhandlungen und der Entwürfe der Perspektivpläne der Länder konkrete Vorschläge für die wirtschaftliche Zusammenarbeit bis 1965 ausarbeiten und der Ratstagung, das heißt natürlich der Sowjetunion, vorlegen. Die Beschlüsse und Empfehlungen der letzten Ratstagung zeigen deutlich, daß die wirtschaftlichen Perspektivpläne der Ostländer in erster Linie auf die Bedürfnisse der Sowjetunion ausgerichtet sind. Bisher waren die Mitgliedstaaten des „Rates“ mit China und den anderen kommunistischen Ländern Asiens wirtschaftlich im wesentlichen nur über den Außenhandel verbunden. Die Verbindung dieser Länder zum „Rat“ und dessen Organen beschränkte sich auf die Teilnahme an Tagungen als Beobachter. Die Tagung der Vertreter der kommunistischen Parteien im Mai 1958 hat nun beschlossen, diese asiatischen Länder an der Arbeit des „Rates“ und seiner Organe zu beteiligen. Das Sekretariat des „Rates“, das heißt Moskau, wird entsprechende Vorschläge für diese Teilnahme an der Arbeit des „Rates“ machen.

Die letzte Ratstagung faßte noch einige andere Beschlüsse, welche dem „Rat“ bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Ländern vermehrten Einfluß geben. Wenn in Moskau die Vertreter der kommunistischen Parteien eine Ausweitung der Zusammenarbeit besprachen, so deshalb, weil es sich hier nicht nur um eine rein wirtschaftliche, sondern in erster Linie um eine politische Angelegenheit handelt. Bis vor kurzem wünschte die Sowjetunion, die Satelliten auseinanderzuhalten. Jetzt wünscht sie sie zusammenzuhalten. Wie immer, wird diese Zwangskoordination Osteuropas mit extremer Konsequenz durchgeführt, ohne Rücksicht auf die nationalen Interessen der Satelliten.

Zusammenfassend: Mehr oder weniger deckt sich der Moskauer Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe mit seinem westeuropäischen Gegenstück, der OEEC in Paris. Der Unterschied liegt, neben anderem, hauptsächlich darin, daß in der osteuropäischen Organisation alles „einstimmig“ angenommen wird, wogegen in der OEEC das Recht auf Diskussion oft in luxuriöser Weise beansprucht wird, nicht immer zum Vorteil der praktischen Wirksamkeit.

*Dr. Erich Wiener*

## XII. Kongreß

### der sowjetischen Gewerkschaften

Vom 23. bis 27. März dieses Jahres fand in Moskau der XII. Kongreß der Gewerkschaften der Sowjetunion statt, der die tiefen sozialen und politischen Erschütterungen und Umwandlungen widerspiegelte, in deren Zeichen die gesamte Entwicklung der UdSSR zur Zeit steht.

Aus den Referaten, Diskussionsbeiträgen und Resolutionen lassen sich neue Elemente neben Althergebrachtem — Fortschritt hemmendem — klar ersehen. Vorausgeschickt muß werden, daß die Veränderungen in den Gewerkschaften, im Vergleich zu anderen sowjetischen Massenorganisationen, am weitesten fortgeschritten sind. Das spiegelte sich bereits in der Zusammensetzung der Delegierten des Kongresses wider. Altersmäßig teilten sich die 1322 Delegierten wie folgt auf: bis zu 25 Jahre: 126; 26 bis 39 Jahre: 404; 40 — 49 Jahre: 473 und über 50 Jahre: 319. Die Zahl der jüngeren Funktionäre hat sich seit den letzten Kongressen wesentlich erhöht; ferner ist eine zahlenmäßige Kräfteverschiebung zugunsten der Vertreter aus der Produktion zu verzeichnen. Auch die Tatsache, daß die beträchtliche Mehrheit der Delegierten erstmalig in dieser Eigenschaft auf dem Gewerkschaftskongreß erschien, darf nicht übersehen werden.

Zur Zeit vereinigen die sowjetischen Gewerkschaften 52 780 000 Mitglieder. Zwischen dem XI. und XII. Kongreß wurden wichtige Maßnahmen zur Änderung ihrer organisatorischen Struktur getroffen. Der Vorsitzende, *W. W. Grischin*, gab bekannt, seit 1957 habe sich die Anzahl der bezahlten Funktionäre um 20 000 verringert, der zentrale Apparat der Gewerkschaften sei auf 70 vH reduziert, verschiedene Abteilungen, Verwaltungen usw. aufgelöst worden. Trotzdem bestätigten Grischin und der Vorsitzende der Revisionskommission, *I. S. Kuwschinow*, daß die zentralen Apparate der Gewerkschaften noch immer schwerfällig und bürokratisch arbeiten.

Parallel zur Entbürokratisierung der Gewerkschaften vollzog sich der Prozeß einer immer stärkeren Gewichtsverlagerung auf die Grundorganisationen und die Gewerkschaften in Gebieten und Unionsrepubliken. Am besten spiegelt sich das in der neuen Finanzpolitik der Gewerkschaften wider. Während ihre Grundorganisationen 1954 nur über 52 vH der Mitgliedsbeiträge verfügen durften, wird dieser Prozentsatz 1959 bereits 74,6 betragen.

Der Kongreß manifestierte deutlich, daß die wichtigste Gegenwartsaufgabe der sowjetischen Gewerkschaften die *Mobilisierung der Arbeiter zur Verwirklichung des Siebenjahresplanes* ist. Der Kampf um seine vorzeitige Erfüllung wird mit der Entfaltung eines „sozialistischen Wett-

bewerbs“ verbunden. Verschiedene neue Wettbewerbsformen wurden auf dem Kongreß besprochen; dazu gehört beispielsweise eine Bewegung für die Ausarbeitung persönlicher Pläne zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Gestehungskosten. Alles das kommt einer Reform des „sozialistischen Wettbewerbs“ in der Sowjetunion gleich. Bald nach der Oktoberrevolution versuchte man erst durch „Stoßbrigaden“ eine höhere Arbeitsleistung zu erzielen; diese Bewegung mußte jedoch untergehen, weil der Staat den Arbeitern für ihre Leistungen zu wenig bieten konnte. Die Einführung eines Erfolgslohnsystems, das an der trügerischen Währung und unstabilen Konsumgüterpreisen scheitern mußte, war der nächste Schritt. Beide Versuche waren von einer asozialen Erscheinung begleitet: Im Vordergrund der schwankenden Konjunktur stießen meist gerissene Burschen vor, die nur an die Verbesserung ihrer eigenen finanziellen Lage, nicht aber an eine Solidarität der Arbeiter dachten. Die bekannte *Stachanow-Bewegung*, welche von Stalin 1935 ins Leben gerufen wurde, sollte innerhalb der enttäuschten und hungernden Arbeiterklasse rasch eine privilegierte Schicht als Muster für die Menge schaffen. Die Stachanow-Bewegung hat mit Sozialismus nichts gemein, denn die Einführung des Stücklohnes, von Rekordprämien und des bekannten „Schwitzsystems“ ist gerade das, was die sozialistischen Theoretiker immer als kapitalistische Barbarei bezeichneten. Nach 1945 tauchten neue Wettbewerbsformen auf, in welchen sich immer mehr Leistungsergruppen eines Arbeitskollektivs durchsetzten (*Mamaj-Bewegung* usw.).

Aber erst kürzlich „entdeckten“ die sowjetischen Kommunisten den engen Zusammenhang zwischen einer Steigerung der Arbeitsproduktivität einerseits, Erziehung und Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeiter andererseits. So entschloß man sich Ende des Jahres 1958 zur Forcierung von „Brigaden der kommunistischen Arbeit“ unter der Parole „Nicht nur arbeiten, sondern auch auf kommunistische Art leben!“, um so die Vorbedingungen für bessere Arbeitsleistungen zu schaffen. Die bisherigen primitiven Methoden der Antreiberei scheinen einer Pflege der Kollegialität, der Kultivierung entsprechender Normen des Zusammenlebens, öffentlich wie auch privat, zu weichen.

Die Auswertung aller Dokumente des XII. Gewerkschaftskongresses ergibt, daß die Probleme, welche die Arbeiter unmittelbar angehen, in erster Linie die Frage der Lebensbedingungen, in besonderem Maße berücksichtigt wurden. Dabei läßt sich folgendes konkret benennen:

1. Vieles Neue ist auf dem Sektor der Wohnraumbeschaffung festzustellen. Während früher Direktoren und Verwaltung der Betriebe über die Zuteilung von Wohnraum allein entschieden, müssen sie zu dieser Angelegenheit

nun auch Vertreter der Gewerkschaften heranziehen.

2. Die Gewerkschaften haben eine Neuregelung arbeitsrechtlicher Fragen entworfen, die bereits vom Ministerrat der Sowjetunion und vom Präsidium des Obersten Sowjets befürwortet ist und mit dessen nächster Session in Kraft treten wird. Es ist anzunehmen, daß dabei eine für die Arbeiter günstige Regelung getroffen wird.

3. Aus den entsprechenden Dokumenten geht hervor, daß auch ein so brennendes Problem wie die Frage einer Lohnreform gute Fortschritte macht. 70 Millionen Werktätige, etwa ein Drittel aller in der Volkswirtschaft beschäftigten Arbeiter und Angestellten, sind bereits von einer Neuregelung der Löhne betroffen. Die Tendenz ist, die Mindestlöhne weitgehend zu erhöhen, die Tarife zu vervollkommen und das gesamte Prämiensystem abzuändern. Die Neuregelung soll nicht nach Branchen, sondern nach ökonomischen Rayons erfolgen.

4. Auch Probleme wie die Arbeitssicherheit wurden während des Kongresses in ganz konkreter Weise behandelt. Auf diesem Gebiet häuften sich letzthin die Konflikte zwischen den Gewerkschaften und der Verwaltung, das gleiche bezieht sich auf die Sanitätseinrichtungen in den Betrieben.

Zu den wichtigsten Beschlüssen des XII. Gewerkschaftskongresses gehört ferner die Bestätigung des Entwurfes neuer Statuten. Diese demonstrieren, daß das Regime den Gewerkschaften im sowjetischen System eine sich ständig vergrößernde Rolle zudenkt. Die Betriebsorganisationen und örtlichen Gewerkschaftskomitees sind nunmehr berechtigt, verschiedene Fragen selbständig an Ort und Stelle zu entscheiden. Artikel 44 des Statuentwurfes formuliert folgende wichtige Aufgaben der Gewerkschaftsorganisationen: „Die Vertretung der Arbeiter und Angestellten des Betriebes in allen Fragen der Arbeit, Lebensbedingungen und Kultur; die Teilnahme an der Ausarbeitung aller Betriebsfinanzpläne, an Fragen der Arbeitsnormen und Löhne. Sie leiten die Arbeit der ständigen Produktionsberatungen, bestätigen die Kostenvorschläge für Prämien und entscheiden über Prämienzuteilung und einmalige finanzielle Hilfe, leiten das wissenschaftlich-technische Komitee sowie die Bewegung der Rationalisatoren und Neuerer. Ferner kontrollieren sie die Befolgung der gesamten Arbeitsgesetzgebung, unterbreiten Vorschläge und befürworten Kandidaturen für führende Posten in den Betrieben, dulden keine Entlassung von Arbeitern oder Angestellten ohne ihre Befragung. Außerdem kontrollieren und leiten sie die Betriebsgewerkschaftsgruppe, alle für soziale Zwecke vorgesehenen Fonds und entscheiden zusammen mit der Verwaltung über die Wohnraumzuteilung.“

Bereits daraus geht hervor, daß die gewerkschaftlichen Grundorganisationen jetzt die Möglichkeit besitzen sollen, eine Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder zu erreichen. Die Gewerkschaftsvertreter sind jetzt berechtigt, die Referate der Direktoren oder zuständigen Beamten über die Pläne des Betriebes anzuhören und, falls erforderlich, Korrekturen vorzuschlagen. Dabei ist daran zu erinnern, daß durch das Entstehen ständiger Produktionsberatungen die Frage der Einbeziehung der Arbeiter in die Wirtschaftsleitung auf eine ziemlich breite Basis gestellt ist. Aus der Presse ist bekannt, daß in die ständigen Produktionsberatungen Anfang 1959 über 6 Millionen Personen gewählt wurden. Somit beteiligen sich in jedem Betrieb durchschnittlich fast 10 vH der Belegschaft unmittelbar an der Wirtschaftsleitung.

Auf dem XII. Kongreß wurden die neuen leitenden Gewerkschaftsorgane gewählt. Im neuen Zentralrat befinden sich unter 197 Personen nur 36 wiedergewählte Funktionäre, außerdem wurden drei bisherige Kandidaten als Mitglieder gewählt. Zum Vorsitzenden wurde *Grischin* wiedergewählt. Eine noch größere Erneuerung ist bei den Kandidaten zum Zentralrat festzustellen: Von 69 sind nur zwei Wiedergewählte (3 vH). Schließlich wurde eine aus 37 Funktionären bestehende Revisionskom-

mission gewählt. Ihre Erweiterung hängt mit einer Vergrößerung des Revisionsapparates zusammen, die sich aus der Dezentralisierung der Gewerkschaften ergibt. Hierunter befinden sich nur drei Wiedergewählte.

So hervorhebenswert auch das Neuartige ist, beweist doch eine genauere Verfolgung der Diskussion, daß sich noch viel vom alten Arbeitsstil erhalten hat. Manche Diskussionsteilnehmer waren einfach nicht fähig, sich kritisch zu äußern und beschränkten sich auf feierliche Verpflichtungen bezüglich der Erfüllung und Übererfüllung der Pläne. Dennoch zeichnet sich ein Bruch mit der bürokratischen Stagnation in den sowjetischen Gewerkschaften ab.

*Kongresse und Mitgliederzahl  
der sowjetischen Gewerkschaften*

Kongreß	Datum	Mitgliederzahl
I.	Januar 1918	2 532 000
II.	Januar 1919	3 638 812
III.	April 1920	4 326 000
IV.	Mai 1921	6 485 600
V.	Juni 1922	5 100 000
VI.	November 1924	6 700 000
VII.	Dezember 1926	9 541 220
VIII.	April 1929	10 995 600
IX.	April 1932	16 500 000
X.	April 1949	28 500 000
XI.	Juni 1954	40 400 000
XII.	März 1959	52 780 000

*Boris Lewytzkyj*